

+49 5451 8999815

Energie. Wirtschaft. Planen, Bauen, Immobilien.

**KALDEWEI**  
RECHTSANWÄLTE

KALDEWEI RECHTSANWÄLTE | Gutenbergstraße 9 | 49479 Ibbenbüren

An die  
Stadt Lüdinghausen  
Herrn Bürgermeister Richard Borgmann  
Borg 2  
59348 Lüdinghausen

Per Telefax: 02591/926-300

Ibbenbüren, den 11.11.2016

Az.: 49/16-HK

**Änderung des Bebauungsplans Aldenhövel**  
**Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3**  
**Abs. 2 BauGB, Mandant: Einwender B**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Borgmann,

In obiger Angelegenheit teilen wir mit, dass wir die rechtlichen Interessen des Einwenders B vertreten. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird anwaltlich versichert.

Sodann nehmen wir zu dem in die Offenlage gegebenen Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Aldenhövel Stellung wie folgt:

**1. Wirksamkeit der derzeitigen Höhenbegrenzung im Bebauungsplan**

Zu Unrecht geht die Stadt Lüdinghausen davon aus, dass der derzeitige Bebauungsplan funktionslos oder teilfunktionslos geworden ist. Funktionslos kann eine bauplanerische Darstellung oder Festsetzung werden, wenn und soweit die tatsächlichen Verhältnisse, auf die sie sich bezieht, ihre Verwirklichung auf unabsehbare Zeit ausschließen und dies so offensichtlich ist, dass ein in ihre Fortgeltung gesetztes Vertrauen keinen Schutz verdient.

Gelzer/ Bracher/ Reidt, Bauplanungsrecht, Rdn. 865;

Ausschlaggebend sind insofern jedoch allein die tatsächlichen Verhältnisse im Plangebiet, auf welche sich die Festsetzungen beziehen. Funktionslos ist ein Bauleitplan beispielsweise dann, wenn er ein Gewerbe-

Hendrik Kaldewei, LL. M.  
Rechtsanwalt  
Master of Laws in Taxation

Nicole Enke-Grönefeld  
Rechtsanwältin  
Fachanwältin für Arbeitsrecht

Gerald Beckermeyer  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Arbeitsrecht  
Fachanwalt für Verkehrsrecht

Florian Tietmeyer  
Rechtsanwalt

in Kooperation mit  
Dr. jur. Thomas Schulze Eckel  
Rechtsassessor  
Lehrbeauftragter Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Hochschule Osnabrück  
University of Applied Sciences

Gutenbergstraße 9  
49479 Ibbenbüren  
Telefon +49 54 51 89 99 8-0  
Fax +49 54 51 89 99 8-15  
E-Mail: info@kanzlei-kaldewei.de  
Internet: www.kanzlei-kaldewei.de

In Kooperation mit

**S T R A T M A N N**

www.steuerberater-stratmann.info

Kreissparkasse Steinfurt  
IBAN DE28 4035 1060 0072 7873 77  
BIC WELADED1STF  
Finanzamt Ibbenbüren  
Steuernr. 327/5104/1397  
Ust-IdNr. DE 223953192

+49 5451 8999815

**KALDEWEI**  
RECHTSANWÄLTE

Energie. Wirtschaft. Planen, Bauen, Immobilien.

gebiet oder eine gewerbliche Baufläche festsetzt, sich in dem Gebiet aber tatsächlich bereits eine tatsächliche Bebauung in Form von Wohngebäuden ausgebreitet hat, die so intensiv ist, dass eine noch stattfindende Wandlung in ein Gewerbegebiet ausgeschlossen wäre. Allein der Umstand, dass eine unterdurchschnittliche Wahrscheinlichkeit dahingehend besteht, dass die bauleitplanerischen Festsetzungen auch zum Anlass für konkrete Bauvorhaben genommen werden, führt indes unter keinen Umständen zur Funktionslosigkeit dieser Festsetzungen. Insofern ist die Gemeinde darauf angewiesen, ihre planerischen Vorstellungen zu ändern und eine Änderung des Bebauungsplans durchzuführen. Die angestoßene Änderung des Bebauungsplans ist daher mitnichten allein von deklaratorischer Bedeutung, sondern würde konstitutiv eine Änderung der planerischen Situation herbeiführen.

## **2. Verstoß gegen das Entwicklungsgebot**

Die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans würde dabei aber gegen das Entwicklungsgebots des § 8 Abs. 2 BauGB verstoßen. Danach sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Von dem Begriff des Entwickelns sind aber nur solche Festsetzungen erfasst, die sich als inhaltliche Konkretisierung des Flächennutzungsplans verstehen lassen. Typisch wäre insoweit die Situation, dass der Flächennutzungsplan lediglich eine Konzentrationsfläche darstellt, in einem Bebauungsplan dann aber konkrete Standorte oder auch eine Höhenbegrenzung festgeschrieben werden. Vorliegend enthält jedoch bereits der Flächennutzungsplan eine Höhenbegrenzung auf 100 m, so dass sich die Aufhebung der entsprechenden Höhenbegrenzung im Bebauungsplan nicht mehr als Konkretisierung, sondern vielmehr als Konterkarierung der Festsetzungen des Flächennutzungsplans begreifen lassen muss. Es ist aber gerade nicht mehr vom Entwicklungsgebot gedeckt, die Festsetzungen des Flächennutzungsplans zu konterkarieren. Insofern wäre eine entsprechende Änderung des Bebauungsplans allenfalls im sog. Parallelverfahren denkbar.

## **3. Abwägungsfehlerhaftigkeit der Aufhebung der Höhenbegrenzung**

Schließlich wäre die Aufhebung der Höhenbegrenzung auch abwägungsfehlerhaft. Das einzig angegebene Planungsziel der deklaratorischen Aufhebung im Interesse der Rechtssicherheit und -klarheit fällt mit oben stehenden Ausführungen ersatzlos weg. Ein weiteres Planungsziel ist indes nicht angegeben, weshalb insofern schon die Planungsbefugnis für die Bebauungsplanänderung entfallen ist. Selbst wenn man – unausgesprochen – als Planungsziel das Interesse an einer weiteren Förderung der Interessen der Windenergie annehmen wollte, würde die Steigerung der Attraktivität der Fläche für die Windenergienutzung gerade im Hinblick auf die widerstreitenden öffentlichen und privaten Belange abwägungsfehlerhaft sein.

Insofern ist zunächst § 1 der Gemeindeordnung NRW in Erinnerung zu rufen, der zur Aufgabe der Gemeinden und ihrer Organe wie folgt formuliert:

+49 5451 8999815

**KALDEWEI**  
RECHTSANWÄLTE

Energie. Wirtschaftl. Planen, Bauen, Immobilien.

*„Sie (die Gemeinden) fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.“*

Aufgrund des somit dem Wohl der Einwohner verpflichteten Rats der Stadt Lüdinghausen muss die zu treffende Entscheidung über die Ausweisung weiterer bzw. Änderung bestehender Windenergieflächen auch entscheidend von der Erwägung getragen werden, ob dies dem Wohle der Einwohner und der Kommune förderlich ist. Insofern ist aber festzustellen, dass mit der beabsichtigten Aufhebung der Höhenbegrenzung und der dadurch eröffneten Möglichkeit eines weiteren Zubaus mit Windenergieanlagen **gar keine Nutzen und Vorteile für die Bürgerschaft der Stadt Lüdinghausen verbunden sind.** Das Gegenteil ist der Fall. Die Errichtung von weiteren Windenergieanlagen auf der entsprechenden Fläche würde gravierende nachteilige Auswirkungen im Hinblick auf vielerlei kommunale Belange nach sich ziehen. Dies gilt insbesondere für die Gestaltung des gesamten Orts- und Landschaftsbildes und damit auch für die Attraktivität der Kommune im Hinblick auf Tourismus- und Fremdenverkehrsbelange, die für die Stadt Lüdinghausen von gesteigerter Bedeutung sind, da die Stadt Lüdinghausen gerade auch mit der landschaftlichen Idylle wirbt und punkten kann.

Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, dass die Errichtung mehrerer hoher Windenergieanlagen im Plangebiet den Relz und Charakter der Stadt beeinträchtigen würde. Auch auf die Wohn- und Lebensqualität der Anwohner und die Belange des Arten- und Landschaftschutzes hat die Errichtung von Windkraftanlagen erhebliche nachteilige Auswirkungen. Es dürfte daher unbestreitbar sein, dass die Errichtung weiterer Windenergieanlagen unter keinen Umständen im wohlverstandenen kommunalen Interesse der Stadt Lüdinghausen liegen kann. Nichts anders würde sich aufgrund von – der Höhe nach ohnehin völlig ungewissen – zusätzlichen Gewerbesteuererhöhungen ergeben, da diese die eintretenden Nachteile nicht ansatzweise kompensieren könnten.

Die Planungen könnten vor diesem Hintergrund daher lediglich dann noch politisch vertretbar sein, wenn sie zur Erreichung überragender gesamtgesellschaftlicher Konsensziele zwingend erforderlich wären, weshalb es – gerade auch vor dem Hintergrund der Verpflichtung gem. § 1 der GO NRW - allein politisch gerechtfertigt werden könnte, die eigenen kommunalen Interessen und Belange der Stadt Lüdinghausen und Ihrer Einwohner hier hinter zurückzustellen. Als ein solches Konsensziel kommt lediglich die Umsetzung der Energiewende in Betracht. Auch insoweit besteht jedoch keine – erst recht nicht zwingende – Erforderlichkeit einer weiteren Öffnung von Windkonzentrationszonen durch die Aufhebung von Höhenbegrenzungen, da eine weitere Flächennutzung für die Umsetzung der Energiewende gerade nicht erforderlich, sondern - im Gegenteil - sogar kontraproduktiv wäre.

**4. keine Erforderlichkeit der Planungen zur Erreichung der landesweiten Klimaschutzziele/  
Kontraproduktivität der Planungen**

+49 5451 8999815

**KALDEWEI**  
RECHTSANWÄLTE

Energie. Wirtschaft. Planen, Bauen, Immobilien.

Der mangelnde Flächenbedarf für weitere Windenergieanlagen wird durch den Umstand belegt, dass der Ausbaukorridor nach §§ 3 Nr. 1, 29 Abs. 3 Nr. 5 EEG 2014 bereits weit überschritten ist. Dies war für den Zeitraum November 2014 bis Oktober 2015 bereits um mehr als 800 MW der Fall. Mittlerweile hat sich dieses Missverhältnis weiter dramatisch verstärkt. Der Ausbaukorridor ist für den Zeitraum August 2015 bis Juli 2016 um **1.757 MW** überschritten worden.

vgl. zum Netto-Zubau in dem angegebenen Zeitraum die Veröffentlichung der Bundesnetzagentur unter

[http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen\\_Institutionen/ErneuerbareEnergien/Anlagenregister/VOeFF\\_Anlagenregister/EE\\_Foerderung\\_Wind\\_Biomasse\\_04\\_2016.xls](http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/ErneuerbareEnergien/Anlagenregister/VOeFF_Anlagenregister/EE_Foerderung_Wind_Biomasse_04_2016.xls),

Dem ist zu entnehmen, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt Windgebiete zur Verfügung stehen und auch ausgenutzt werden, die **über die Erfordernisse der Energiewende weit hinausgehen**. Hierauf wird auch seitens des OVG NRW in seiner aktuellen Rechtsprechung ausdrücklich hingewiesen.

siehe hier z.B. OVG NRW, Urteil vom 18.12.2015, 8 A 400/15

Auch das Bundeswirtschaftsministerium weist aktuell auf seiner Homepage darauf hin, dass es in den letzten zwei Jahren zu einer deutlichen Überschreitung des Ausbaukorridors gekommen ist, was zu einem **unerwünschten Ausbau der Windenergie** geführt habe. Genau aus diesem Grund, nämlich weitere **Fehlentwicklungen durch den übermäßigen Zubau mit Windenergieanlagen zu verhindern**, ist jüngst die Novelle des EEG verabschiedet worden, welche u. a. das sog. Ausschreibungsmodell zum Gegenstand hat und zu wirtschaftlich deutlich weniger attraktiven Konditionen führt.

Die offenkundig fehlende Notwendigkeit einer weiteren Flächenbereitstellung ergibt sich auch aufgrund des weiteren Umstandes, dass die ganz überwiegende Mehrheit aller nordrhein-westfälischen Standortgemeinden Konzentrationsflächen ausgewiesen haben, die weit über die Vorgaben und Darstellungen des LEP NRW hinausgehen, weshalb gerade aufgrund des **simultanen Vorgehens zahlloser Standortgemeinden auf kommunaler Ebene eine Flächenkulisse entstanden ist, die weder von den übergeordneten Planungsträgern so vorgesehen oder gewollt war, noch unter irgendwelchen Umständen auch nur ansatzweise mit den Erfordernissen der Energiewende gerechtfertigt werden könnte**. Im Gegenteil überschreitet sie das Notwendige und Sachgerechte um ein Vielfaches. Die Sinnlosigkeit eines weiteren Zubaus mit Windenergieanlagen ergibt sich schließlich auch aufgrund technischer Gegebenheiten, nämlich der mangelnden Speichermöglichkeiten und fehlender Netzkapazitäten, die eine sinnvolle Nutzung der produzierten Energie unmöglich machen.

+49 5451 8999815

**KALDEWEI**  
RECHTSANWÄLTE

Energie. Wirtschaft. Planen, Bauen, Immobilien.

Auf der anderen Seite führt der immer maßlosere Zubau mit Windenergieanlagen zu einer deutlich nachlassenden Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung und in wirtschaftlicher Hinsicht zu immer weiter steigenden EEG – Umlagen und damit steigenden Strompreisen, die für den Durchschnittsbürger kaum noch vertretbar sind. Auch hierfür trägt die kommunale Politik daher die entsprechende Verantwortung. Aufgrund dieser Umstände wirkt die nicht gebotene und übermäßige Ausweisung von Windgebieten jedenfalls auch für den Erfolg der Energiewende letztlich kontraproduktiv.

Es kann daher als weiteres Zwischenfazit festgehalten werden, dass die Planungen auch nicht mit den Zielen der Energiewende gerechtfertigt werden können, weil sie zu deren Erreichung schlicht nicht erforderlich sind und im Ergebnis hierfür sogar kontraproduktiv wirken.

Zu welchem unhaltbaren Zustand der ungezügelt Ausbau der Windenergie für das Landschaftsbild und die Bevölkerung führen kann – und leider in vielen Gegenden Deutschlands auch bereits geführt hat – kann einem eindrucksvollen Bericht des weithin renommierten Magazins „Cicero“ entnommen werden.

Anlage Artikel Cicero

Nach allem ist die beabsichtigte Bebauungsplanänderung politisch nicht vertretbar und wäre auch rechtswidrig. Unser Mandant würde sich selbstverständlich hiergegen mit der Normenkontrolle zu Wehr setzen und aufgrund der drohenden Schaffung vollendeter Tatsachen auch eine Außervollzugsetzung der Bebauungsplanänderung beantragen.

Schließlich bleibt darauf zu verweisen, dass eine Genehmigung im Rahmen des laufenden Verfahrens der Windpark Aldenhövel GmbH & Co. KG ohnehin nicht vor einer entsprechenden Änderung des Flächennutzungsplans erteilt werden könnte, da ihr vor dem Hintergrund des geltenden Flächennutzungsplans öffentliche Belange in Form des Entgegenstehens der Darstellung des Flächennutzungsplans im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB entgegenstehen würde. Sachgerecht und rechtmäßig könnte daher allenfalls eine Änderung des Bebauungsplans im sog. Parallelverfahren sein. Auch eine solche Änderung bliebe indes abwägungsfehlerhaft, worauf im Rahmen des Änderungsverfahrens zur 16. Änderung des Flächennutzungsplans noch gesondert eingegangen werden wird.

Mit freundlichen Grüßen



- Kaldewel, LL. M. -  
Rechtsanwalt

+49 5451 8999815

# Cicero

MAGAZIN DER DEUTSCHEN KULTUR

Cicero-Serie  
GEHÖRT DER ISLAM ZU DEUTSCHLAND?  
Teil II  
Bassam Tibi

## Flurschaden

Der Aufstand gegen die Windkraft



+49 5451 8999815

ATTICUS  
N°6

## IN STAHLWÄLDERN

**M**anchmal wird das Gute unheimlich. Wer durch Deutschlands Norden fährt, mit dem Auto oder mit der Bahn, der kommt inzwischen durch Landstriche, die aussehen, als hätten sich dort extra-terrestrische Riesen mit ihren himmelhohen Bauten niedergelassen, die menschliche Siedlungen, Felder und Flüsse wie eine dystopische Modelleisenbahnkulisse aussehen lassen. Die Energiewende der Kanzlerin, nach der Reaktor Katastrophe von Fukushima vor fünf Jahren abrupt beschleunigt, lässt Stahlwälder wachsen, die einerseits sauberste Energie erzeugen, aber zugleich jahrhundertalte Kulturlandschaften verschandeln und Lebensräume ruinieren. „Eine brutalere Zerstörung der Landschaft, als sie mit Windkraftträdern zu spicken und zu verriegeln, hat zuvor keine Phase der Industrialisierung verursacht. Es ist die Auslöschung aller Dichterblicke der deutschen Literatur von Hölderlin bis Bobrowski“, befindet Botho Strauß, als hätte er unser Titelbild gekannt.

Am Beispiel Dithmarschens in Schleswig-Holstein, einem Schwerpunkt der neuen Riesenräder, beschreibt unser Autor Christoph Scheuring, wie sich nun der Widerstand gegen die Windparks formiert – dort, wo die Menschen unmittelbar im Schlagschatten der gigantischen Rotoren leben (ab Seite 14). Und er stellt die Frage, ob bei der Umsetzung der Energiewende etwas nicht kolossal aus dem Ruder läuft, weil Windenergie zwar einerseits „das Reine, Gute und Anständige“ sei, andererseits mit ihr wegen der

immensen Subventionen „so unanständig viel Geld zu verdienen ist, dass sie das Schlechteste aus den Menschen kitzelt“:

Windige Geschäfte also, gut gemeint Irrsinn? Im Interview mit Constantin Magnis prangert der Dirigent, Großgrundbesitzer und ehemalige Windkraftfreund Enoch zu Guttenberg eine große Geschäftemacherei im Deckmäntelchen des Guten an. (ab Seite 32): „Bei der Windkraft werden Milliarden verschoben. Alle wollen kassieren. Kommunen durch Steuern, Bürgermeister und Lokalpolitiker als Geschäftsführer für Windparks, Umweltverbände durch Gutachteraufträge.“ Ein Filz, so grün und fest wie ein Lodenmantel.



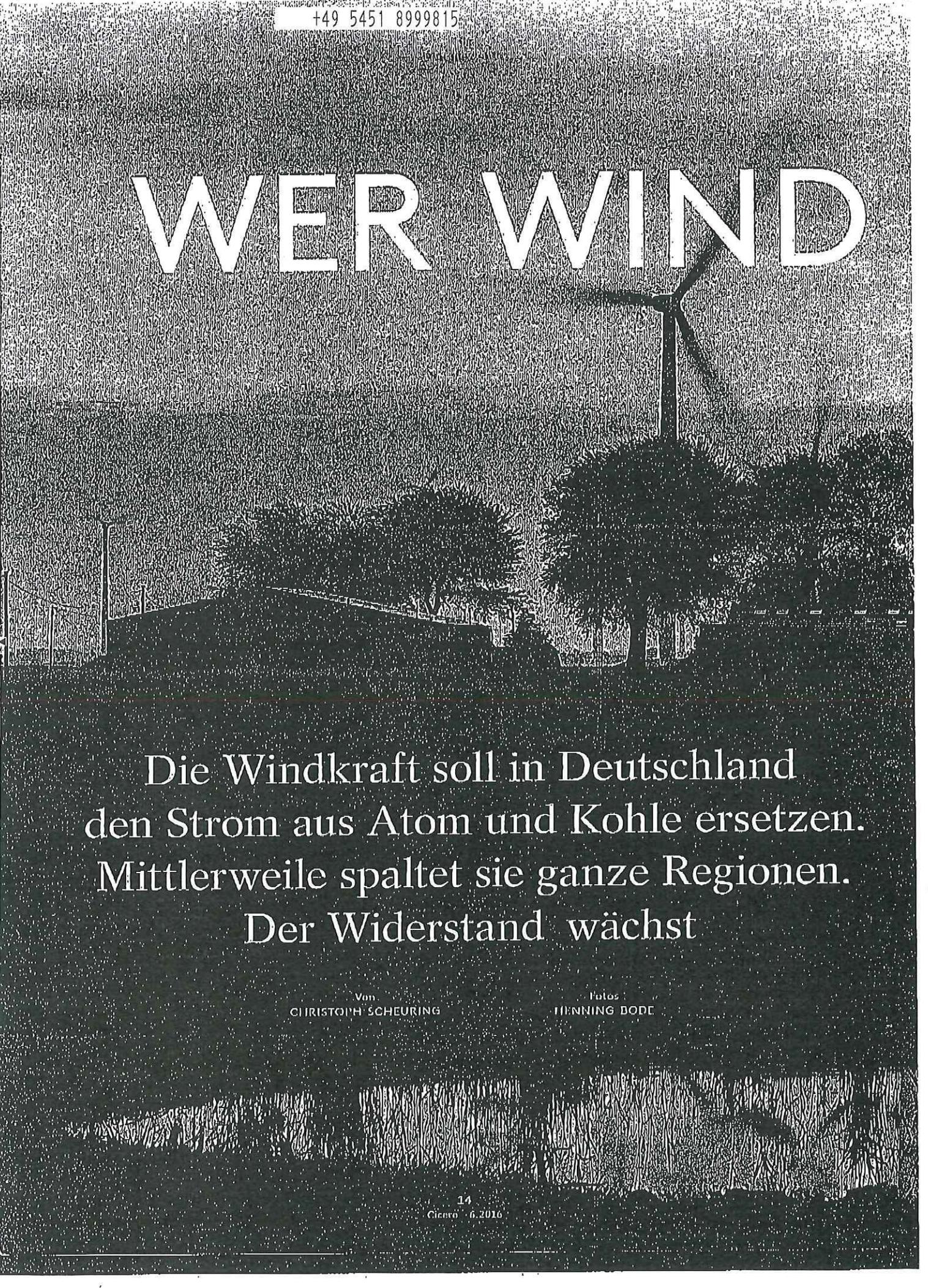
Mit beiden Größen

*Christoph Schwenicke*

CHRISTOPH SCHWENNICKE  
Chefredakteur

+49 5451 8999815

# WER WIND



Die Windkraft soll in Deutschland den Strom aus Atom und Kohle ersetzen. Mittlerweile spaltet sie ganze Regionen. Der Widerstand wächst

Von  
CHRISTOPH SCHEURING

Fotos:  
HENNING BODE

+49 5451 8999815

# SÄT

Der Windpark in Neuankirchen in der Dithmarscher Marsch liefert seit vielen Jahren Strom. Doch die Goldgräberstimmung ist vorbei

+49 5451 8999815

TITEL  
Energiewende**Christoph Scheuring**

arbeitet als freier Journalist und Schriftsteller in Hamburg; Seine Reportagen wurden zweimal mit dem renommierten Egon-Erwin-Kisch-Preis ausgezeichnet; Zuletzt erzählten von ihm der historische Roman „Zeichen der Zeit“

**W**ahrscheinlich hatten die Veranstalter den Ort mit Bedacht gewählt: Keine vier Kilometer von der Halle entfernt rotet eines der kaputtesten und gefährlichsten Atomkraftwerke Deutschlands seinem Ende entgegen. Es ist ein riesiger, rechteckiger, schwarzer Klötz, der eine lange Liste von spektakulären Leckagen hinter sich hatte, bis man ihm endlich im Jahr 2007 die Betriebslaubnis entzog. Seitdem gammeln in seinem Inneren 631 Fässer mit strahlendem Müll vor sich hin. Und kein Ort ist in Sicht, an dem man den Schrott endgültig loswerden könnte.

Wo ließe sich besser über die Zukunft der Windkraft diskutieren als hier? Eingeladen hat die Kieler Landesregierung nach Brunsbüttel an die Elbe. Es geht um die Frage: Wo in Dithmarschen dürfen wie viele Windräder stehen? Eigentlich nur ein lokaler Termin. Wenn denn die Westküste Schleswig-Holsteins nicht schon immer der weltweit wichtigste Experimentierkasten wäre für die Windindustrie. Hier stand in den

frühen achtziger Jahren mal die größte Windkraftversuchsanlage der Welt. Stand, nicht lief. Der legendäre Growlan, irgendwas war immer kaputt. Heute hat Dithmarschen – zusammen mit Nordfriesland – die meisten Windräder in Deutschland stehen. Pro Kopf und pro Fläche. Es läuft der Versuch zu beweisen, dass der gleichzeitige Ausstieg aus atomaren und fossilen Brennstoffen möglich ist.

850 Menschen sind für dieses Thema in den Saal nach Brunsbüttel gekommen. Kein einziger freier Stuhl. Es ist einer der letzten kalten, ungemütlichen Abende in diesem Frühjahr. Draußen wie drinnen.

Am ungemütlichsten ist es für Ingrid Nestle, 38, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Sie vertritt die Landesregierung: grünes Partelbuch, rotes Hemd, safarifarbener Anzug, brauner Mittelschlepp. Ihre Stimme bebte bereits bei den ersten Sätzen. Als würde sie gleich hinweggeschwemmt werden von ihren Tränen. Vielleicht ahnt sie, was kommt. „Man hat mir vorgeworfen, ich wäre naiv...“, zittert sie in das Mikrofon. „... nicht hart genug für die Politik... aber dann ist das eben so... für mich ist Gutmenschen kein schlimmes Wort. Ich möchte in anderen Menschen nicht nur das Schlechte vermuten.“

UMGEKEHRT WIRD LEIDER keine Schleife daraus. „Zu gut für die Welt“ will ihr hier kaum einer attestieren. Eher schon „Kalkül“ oder „Verlogenheit“ oder „Desinteresse an den Leiden der Menschen“.

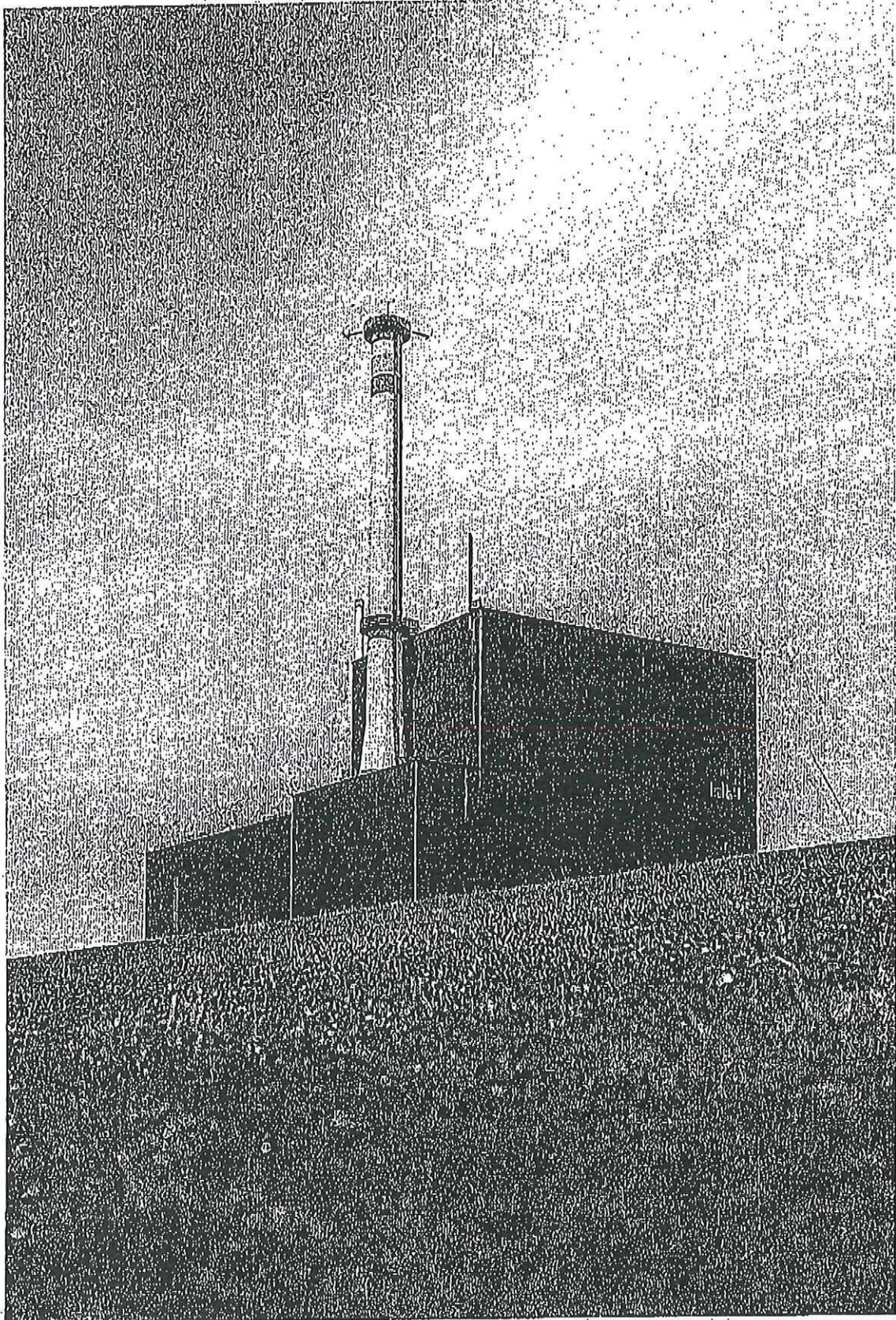
Das liegt nicht nur an Frau Dr. Nestle. Es liegt auch an der Windenergie, die angeblich das Reine, Gute und Anständige ist und in der gleichzeitig so unanständig viel Geld zu verdienen ist, dass sie das Schlechteste aus den Menschen kitzelt.

1,6 Milliarden Euro erwirtschafteten die erneuerbaren Energien Schleswig-Holsteins im vergangenen Jahr. Eine Milliarde ging an die Windindustrie. 700 Millionen davon waren Subventionen. Besonders gut liefen die Anlagen in der Marsch, wo der Wind kräftiger weht als in Restdeutschland und wo eine moderne Multimegawatt-Windkraftanlage in erster Deichlage pro Jahr leicht eine Million Euro erlöst.

Angeblich hat es deshalb sogar schon mal Investoren gegeben, die im Flugzeug über dem Landstrich kreuzten und ihren Mann am Boden per Funk zum Traktor auf dem Feld dirigierten: 50 000 Euro, bar auf die Hand, Jahr für Jahr, wenn der Bauer ihnen den Acker verpachtete.

Das Atomkraftwerk Brunsbüttel ist ein Relikt aus einer vergangenen Zeit. 2007 wurde ihm die Betriebslaubnis entzogen

+49 5451 8999815



+49 5451 8999815 TITEL  
Energiewände

Windräder sind so etwas wie die eierlegende Wollmilchsau: traumhafte Renditen, Wertschöpfung direkt in der Region, grüner Helligenschein. Jede neue Anlage wurde bejubelt, weil sie dem Atomausstieg half und die Klimaerwärmung drückte. Arbeitsplätze entstanden auch. Allein in Schleswig-Holstein sind es 9000 direkt in der Windenergie. Plus 5000 bei den Zulieferern. Die Firmen in anderen Bundesländern, die auch am Windboom im Norden partizipieren, gar nicht gerechnet.

Mittlerweile allerdings entfalten sich auch noch andere Kräfte. Es ist wie bei der Elektrolyse: Die Energie spaltet Dörfer, Vereine und Familien in Gewinner und Opfer, und am Ende wird daraus vor allem ein explosives Gemisch. Sieger sind die Anlagenbesitzer, Windparkbetreiber und Landverpächter, die sich mit dem Wind goldene Wasserhähne verdienen. Und die Verlierer haben einen 200-Meter-Koloss vor der Tür. Mit allem, was das für ihr Leben bedeutet: Schatten, die im Haus alle zwei Sekunden über die Wände wischen. Permanenter Lärm, pulsierender Druck, den man am ganzen Körper spürt. Wie in einem Heavy-Metal-Konzert, wenn man vor den Basstürmen sitzt. Manchmal gibt es auch diese stroboskopartigen Blitze, wenn sich die Sonne in den rotierenden, weißen Flügeln spiegelt. Und nachts reflektieren die Pfützen dann die roten Blinklichter in die Zimmer, sodass es im Haus aussieht wie in einem billigen Puff. Dazu all die Dinge, die wissenschaftlich nicht gesichert sind, aber an denen sich die Ängste der Anwohner kristallisieren: Infraschall, tieffrequenter Schall, Herzprobleme, Hormonstörungen, sogar Missbildungen sollen sich gehäuft haben in einem Milchbetrieb. Wenn man könnte, würde man wegziehen. Geht finanziell aber auch nicht mehr. Kein Mensch kauft einem noch das Haus ab neben einer Windkraftanlage.

**250 000**  
**Fledermäuse**

pro Jahr werden nach  
Schätzungen durch Windräder  
getötet

Das ist das Grundproblem mit der Windenergie: Es geht um zu viel. Für die einen ist es der Lottogewinn, Abteilung Rente sofort. Und für die anderen ist es die kalte Entelgnung und ein Leben am Rande der Unerträglichkeit.

Hier im Saal in Brunsbüttel treffen die beiden Lager jetzt aufeinander. Gekämpft wird um die Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs. Allerdings ist es ein Duell mit ungleicher Bewaffnung. Auf der einen Seite ist da ein hochprofessioneller, millionenschwerer Bundesverband, der große PR-Agenturen beschäftigt und der mit einem Fingerschnippen freundliche Gutachten organisiert. Oder diskreditierendes Material über die Gegenseite recherchieren lässt, um damit die Medien zu füttern. Und die Gegenseite hat nur ein paar Opfer zur Hand.

ZUM BEISPIEL JENE FRAU aus Langenhorn, die Verfassungsklage eingereicht hat und jetzt am Mikrofonständer steht und erzählt, wie die Windkraftanlagen vor ihrem Haus in den Himmel wuchsen und wie die ganze Familie zwei Monate später erkrankte: Schlaflosigkeit, Bluthochdruck, Kopfschmerzen, Nasenbluten, Burn-out und Depression. „Ich habe doch ein verfassungsrechtlich verbrieftes Recht auf Unversehrtheit“, sagt sie. „Warum beschützt mich mein Staat nicht?“

„Wir können uns nur an den gesetzlichen Grenzwerten für Schallemissionen orientieren“, antwortet Frau Dr. Nestle. „Sie legen die zumutbaren Belastungen fest. Es gibt keine einzige konsistente Studie, die einen Zusammenhang zwischen den Schallemissionen und solchen Symptomen beweist.“

So sagt es auch der Ministerpräsident Torsten Albig in seinem Arbeitszimmer im Gebäude der Kieler Staatskanzlei: Wie bei allen Politikern gibt es ein bisschen moderne Kunst an der Wand und mäßigen Kaffee in der Thermoskanne, spektakulär ist nur die tief türkisblaue Förde an diesem Tag vor seinem Fenster. „Ich kann nur zur Kenntnis nehmen“, erklärt Torsten Albig, „was die Wissenschaft heute sagt. Es gibt keine plausiblen und in der Fachwelt anerkannten wissenschaftlichen Studien mit dem Ergebnis, dass Windkraft-Infraschall Schädigungen hervorruft, sofern die rechtlichen und fachlichen Vorgaben eingehalten werden. Mag sein, dass eine andere Wissenschaftsgeneration zu anderen Erkenntnissen kommt. Ich habe keine. Dann gibt es noch das Thema hörbare Geräusche. Dafür schalten die Anlagen nachts ab oder werden im sogenannten schallreduzierten Betrieb gefahren, wenn sie zu laut sind und die zulässigen Werte überschreiten. Das sind die Dinge, die im Genehmigungsverfahren festgelegt sind, die die Betreiber einzuhalten haben und die ich überprüfen kann.“ Nachdenken könnte man allerdings immer. Zum Beispiel über größere Abstände zu den Häusern. In Bayern gilt die zehnfache

+49 5451 8999815

# 33

## Prozent

ist der Strom für deutsche Privathaushalte im Schnitt teurer als im Rest der Europäischen Union

Höhe der Windräder als Mindestabstand. In Schleswig-Holstein sind es magere 400 Meter.

„Größere Abstände sind natürlich wünschenswert“, sagt Albig, nur: „Je größer der Abstand, umso mehr geht das auf Kosten des Natur- oder Landschaftsschutzes. Oder wir verabschieden uns von den Klimaschutzzielen, was ich für falsch halte. Schleswig-Holstein hat sich 2011 vorgenommen, Strom, der einmal durch Kohle und Atom produziert werden sollte, durch erneuerbare Energie zu ersetzen. Das sind etwa 42 Terawattstunden, also drei Mal so viel, wie 2011 bei uns an Strom verbraucht wurde. Ich habe keinen Anlass zu glauben, dass es vollkommen unrealistisch ist, diese Menge langfristig insbesondere durch Wind onshore ersetzen zu wollen. Dazu stehe ich. Dies wird aber nicht ohne Belastungen gehen. Meine Aufgabe ist es, den Menschen zu erklären, warum sie manche Lasten tragen müssen. Ich habe die Pflicht und Schuldigkeit, das Möglichste zu tun, um die Last klein zu halten.“

„Es geht aber nicht um Belastungen, sondern um Krankheiten“, sagt die Frau im Saal in Brunsbüttel.

Das sorgt in den hinteren Reihen für fröhliche Lacher. Dort sitzen die Planer und Projektierer und Windparkbetreiber. Es gibt auch welche, die sich jetzt auf die Schenkel hauen. Einer von ihnen hat vorher schon mal prophylaktisch am Mikrofon „schöne Grüße“ bestellt „von den 1200 gesunden Mitgliedern der Bürgerwindparks Ellerhöft, Bröbek und Süderlügum“. Reinhard Christiansen heißt der Mensch, brauner Cordanzug, frisurmäßig in den Siebzigern hängen geblieben. Er ist der Landesvorsitzende des Bundesverbands Windenergie. Sein Sitznachbar droht lieber gleich mit dem Anwalt. Auch Peter Looft ist da. Legende Figur an der Westküste, einer der meistgehassten und meistbewunderten Menschen hier. Weißer Bart bis

# GEHÖRT DER ISLAM ZU DEUTSCHLAND?

Verpassen Sie keinen Beitrag unter dem Titel Serie und bestellen Sie die nächsten 3 Ausgaben Cicero im Vorzugspreis von nur 18 Euro

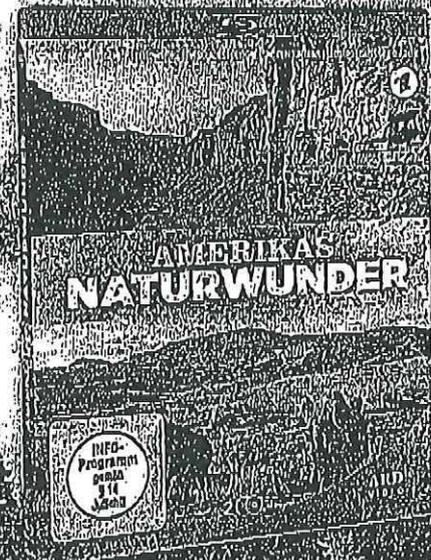


Telefon: 030 316465056  
E-Mail: abo@cicero.de  
www.cicero.de/abo

**Cicero**  
ANDERS ALS SIE DENKEN

# DIE SCHÖNSTEN NATIONALPARKS DER USA

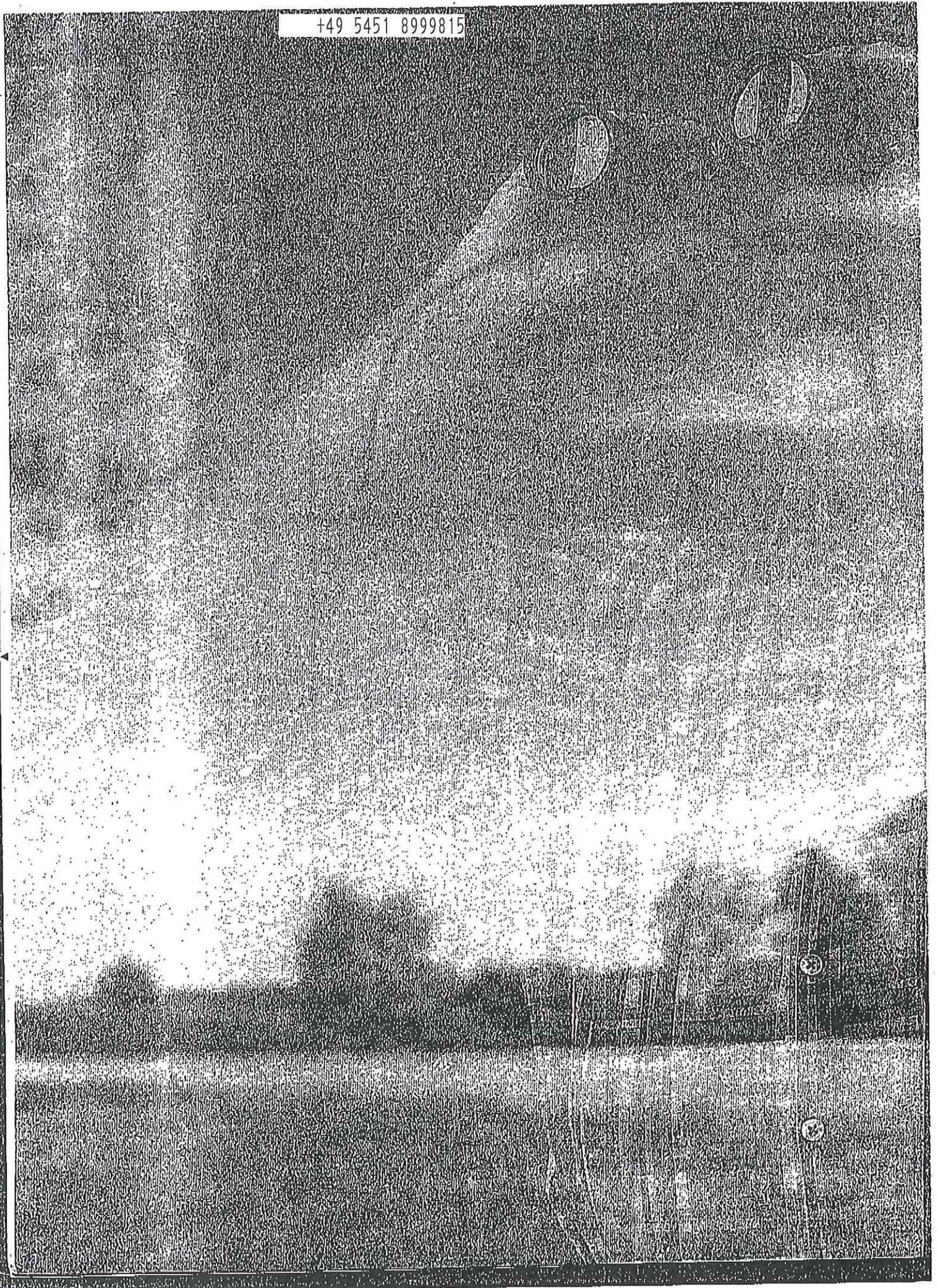
GRAND CANYON ROSEHATTE YELLOWSTONE PEVAKOUBS  
MONTICLOSA WOODLANDS SAGUARO GATES OF THE ARIZON



JETZT AUF DVD UND BLU-RAY

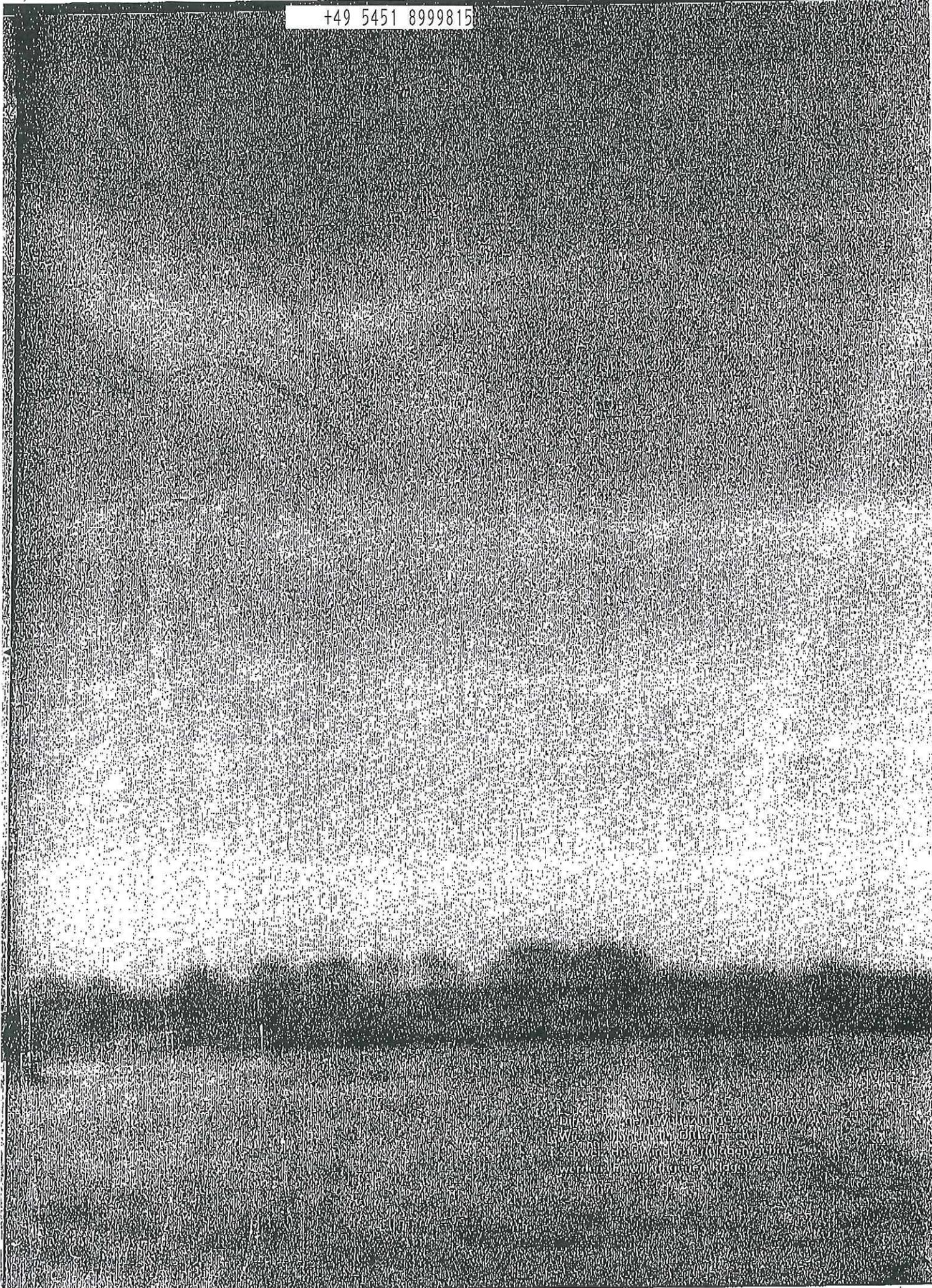
Studio Hamburg

+49 5451 8999815

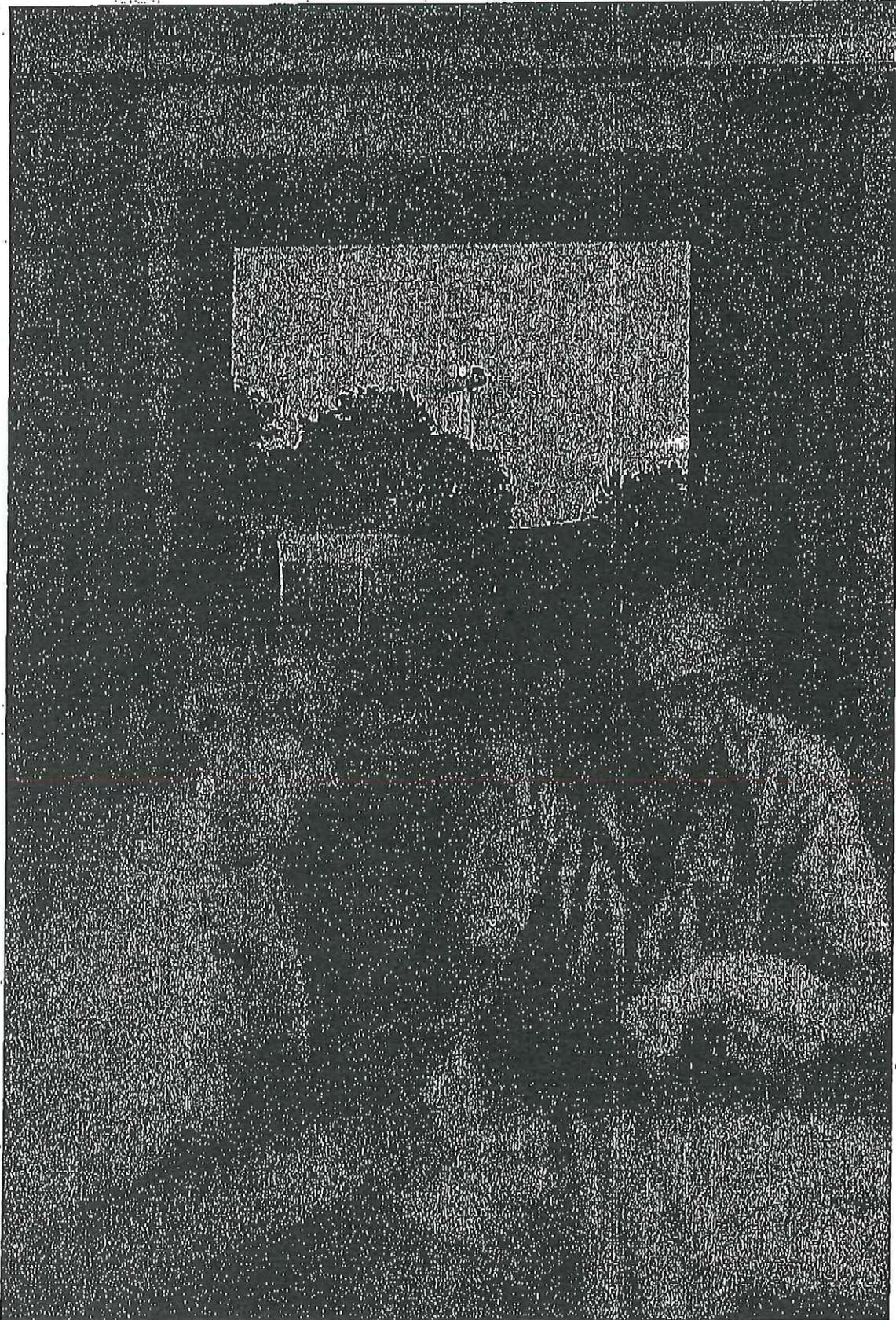




+49 5451 8999815



+49 5451 8999815



+49 5451 8999815

TITEL  
Energiewende

zum Bauchnabel, steht auf wie der Holzmichel, spricht Platt, aber fährt einen Tesla mit 400 PS. 90 Prozent aller Windräder im nördlichen Dithmarschen hat er als Projektierer auf die Wiese gestellt. Investitionsvolumen in den letzten zwei Jahren: eine Milliarde Euro. Elnige der Mühlen gehören ihm selbst. Vor dem Windboom hatte er ein paar Milchkuhe. Auch er redet mit Journalisten nicht mehr.

Umso eloquenter bekennen sich die anderen Hinterbänker zum Atomausstieg und warnen vor der Klimaerwärmung, die das Land überfluten würde, wenn man jetzt nachlassen würde mit der Windenergie. Immerhin lägen Teile Dithmarschens unter dem Meeresspiegel. Nicht auszudenken, was passiert, wenn das Meer noch weiter steigt.

ES IST PAST WIE NACH den Kölner Silvestervorfällen, als genau diejenigen den Feminismus hochhielten, die vorher fanden, dass eine Frau an den Herd gehört. Hier sind es die Brachial-Projektierer, die ihr grünes Herz und die Sorge um den Atommüll in den Himmel halten wie einen Champions-League-Pokal. Und die Leute, die sich früher in Brökdorf gegen die Wasserwerfer stemmten, stehen jetzt fassungslos vor einem 200-Meter hohen Ungefüm. So war das nicht gemeint. Dass man für den Atomausstieg auch noch das letzte Stückchen Natur zerstört,

Es sind genau diese Menschen, die zunehmend in der Marsch zu Hause sind. Vor dem Boom der Windenergie war Dithmarschen das Armenhaus der Republik. Keine Industrie, die Bauern gaben reihenweise auf, in die Resthöfe zogen Menschen, die kein großes Geld hatten, aber auf der Suche waren nach weitem Horizont und intakter Natur. Heilpraktiker, Hundetrainer, Lehrer im Vorruhestand. Dithmarschen war billig, weder Urlaubsland noch Einzugsgebiet für die Großstadt. Nicht einmal malerische Dörfer mit Kern und Kirche gibt es hier. Meistens sind es nur ein paar Häuser entlang einer Straße. „Splittersiedlungen“, heißt das im Baugesetz. Der Rest ist flaches Land. Wenn der Briefträger kommt, sieht man es schon zwei Stunden vorher. Jeder weiß alles vom anderen und lebt trotzdem für sich. Mehr als „Moin, Moin“ ist an Kommunikation hier nicht nötig.

Die Windenergie gefährdet auch dieses. Manchmal verläuft die Front mitten durch eine Familie. Manchmal fliegt auch ein Stein durch ein Fenster. Oder es geht eine anonyme Drohung ein: „Halte dich endlich aus der Sache raus, Jonny Wiese. Das ist ein guter Rat. Sonst wird es dir leidtun.“

Nachts reflektieren Pfützen die roten Blinklichter in die Zimmer, die Bewohner kommen sich vor wie in einem Puff

# 21,8 Milliarden Euro

EEG-Umlage kassierten die  
deutschen Stromerzeuger  
im Jahr 2015

Jonny Wiese ist auch nach Brunsbüttel gekommen. Sein Elternhaus liegt im freien Feld an der Grenze zu Süderdorf, Splittersiedlung, 380 Einwohner, neun Windkraftanlagen, vor zwei Jahren hat er das Haus energetisch saniert. Jetzt steht es leer. Die Mieter haben vor zwei Monaten das Weiße gesucht. Seitdem hat sich niemand mehr auf seine Annonce gemeldet. Er selbst wohnt zwei Kilometer weiter in einem restgedeckten Backsteinhaus. Vom Sofa hat er einen entspannten Blick auf Wiesen und Knicks. Sie beginnen direkt hinter dem Fenster. Morgens gucken hier die Rehe vorbei. Manchmal ein Storch. Etwas seltener auch der Uhu. Der sitzt dann am Ende der Wiese. Mit seinen aufgestellten Ohren sieht er von Ferne aus wie ein Schäferhund. Es ist nicht mehr die Marsch, offiziell heißt die Gegend Hohe Gaest. Die Bauern sagen lieber Dithmarscher Schweiz dazu. Wenn es nach Torsten Albig und Frau Dr. Nestle geht, werden sich hier in einem Jahr auch 25 Windräder drehen.

Wenn es nach Jonny Wiese geht, können sich die Damen und Herren diesen Plan in die Haare schmieren. Er setzt dabei weniger auf politischen Protest als auf das Modell Asterix gegen die Römer: Das ganze Land ist unterjocht, überall sind die Millionen schon stationiert, aber einen Zauberparagrafen gegen die Übermacht hat er immer in seiner Tasche.

Jonny Wiese kennt alle fraglichen Paragrafen. Er ist kein Jurist. Aber er war früher Leiter des Sozialamts in der Nachbargemeinde Tellingstedt. Seitdem weiß er, dass Behörden auch nicht anders funktionieren als Individuen: „Geld macht gierig und Gier macht Fehler.“

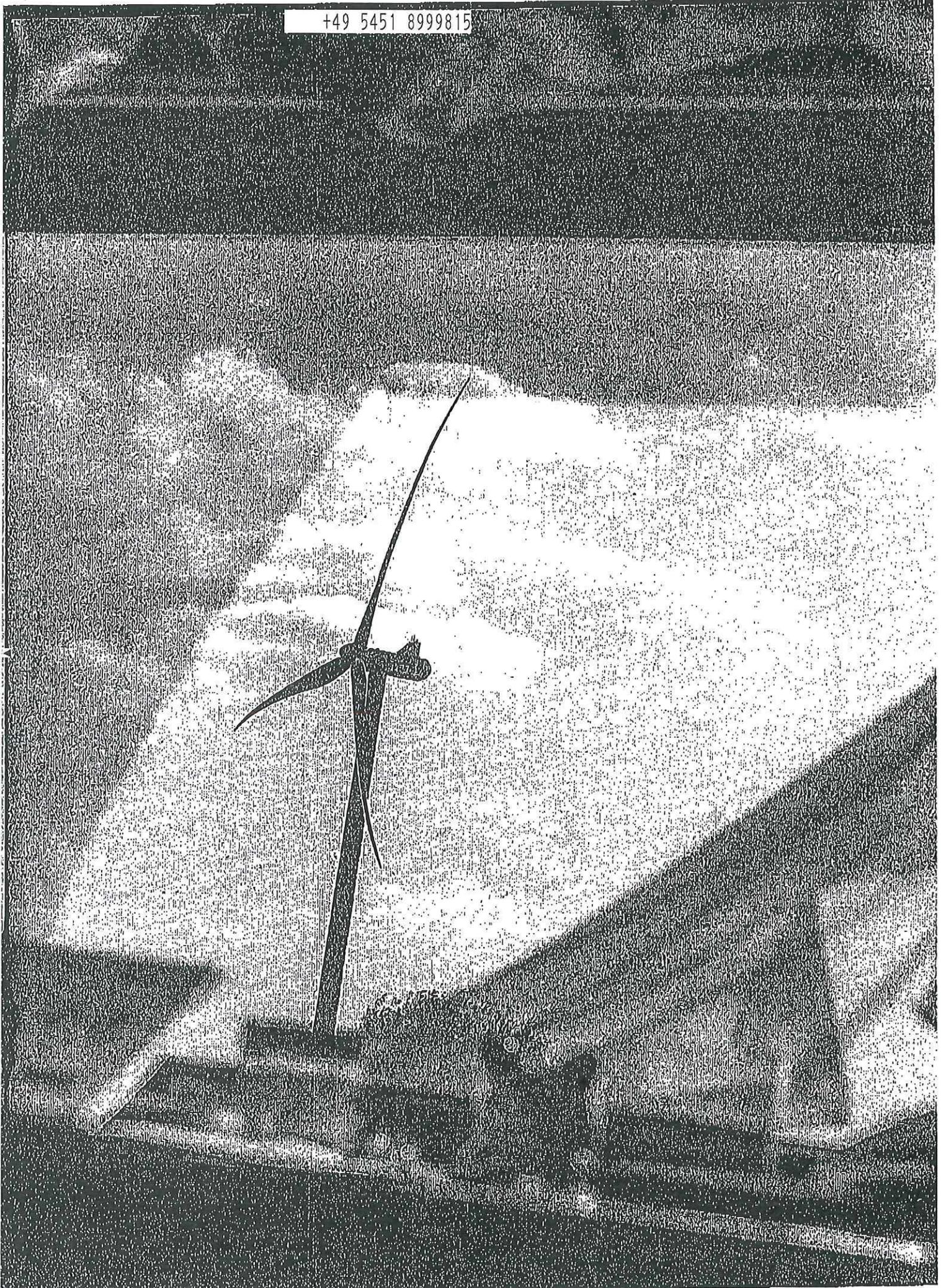
Die meisten passieren gleich in der Genehmigungsphase. Bis zum Jahr 2011 lief diese ungefähr so: Irgendein Investor wollte eine Windmühle bauen und

+49 5451 8999815

An den Ausblick muss man sich gewöhnen,  
und wenn die Sonne scheint, wischen alle  
zwei Sekunden Schatten über die Wände.



+49 5451 8999815



+49 5451 8999815

TITEL  
Energiewende

126

Stunden

im Jahr 2015 war so viel Strom im Netz, dass Deutschland bezahlen musste, um ihn überhaupt loszuwerden.

fragte als Erstes den Bürgermeister im Dorf, der hier traditionell der Mann mit dem meisten Landbesitz ist. Dabei darf er als Betroffener eigentlich gar nicht entscheiden. Sagt das Gemeinderecht. Die meisten Bürgermeister taten es trotzdem. Schließlich sollten die sprudelnden Geldquellen auf ihren Äckern stehen. Auch die meisten Gemeinderäte nickten das ab, weil sie selbst ein paar Flächen in der Verlosung hatten. Oder weil sie vom größten Bauern abhängig waren. Und die Restbevölkerung wurde erst einmal nicht informiert. Knechte mussten nichts wissen von dem Geschäft.

Manchmal hatten die Gemeinderäte auch kein eigenes Land und keinen direkten Vorteil. Dann fanden die Antragsteller andere Wege: Seitdem gibt es hier Dörfer, deren Kindergärten jedes Jahr 30 000 Euro bekommt aus der Portokasse der Windindustrie. Anderen Gemeinden wurde ein Breitbandglasfaserkabel bis zum letzten Haus in die Erde gelegt. Wieder andere gründeten extra irgendeinen gemeinnützigen Verein, den der Windparkbetreiber dann großzügig alimentieren konnte. Auch so eine Idee von Peter Looft. Nachzulesen im offiziellen Protokoll einer Gemeinderatsitzung.

Dass jene Straßen außerdem einen neuen Belag bekommen, auf denen der 50 Meter lange Schwerlasttransport vorüberkommt, gehört in der Regel auch noch zum Service. Darin spiegelt sich das ganze Dilemma der industriellen Landwirtschaft hier, wo die Bauern immer weniger Geld für ihre Produkte bekommen und deshalb immer rationeller arbeiten müssen, was zu immer mehr Kühen führt und immer mehr

Gülle, für die immer größere Anhänger nötig sind, sodass die Gespanne jetzt weit über 20 Tonnen wiegen und viel zu schwer sind für die tiefen Böden der Marsch. Deshalb brechen die Straßenbeläge schneller weg, als man Bitumen aufkochen kann, und gleichzeitig haben die Gemeinden immer weniger Geld, um die Fahrbahn zu reparieren. Diese Talfahrt der Infrastruktur stoppt eigentlich nur ein Windpark im Dorf.

Auch das ist ein Grund, dass die Marsch jetzt tagsüber aussieht wie ein dichter Dschungel abgestorbener, ausgebleicher Riesenbäume. Nichts mehr da vom freien Himmel und dem weiten Horizont. Nachts ist es dann eher eine wolkenhohe, rot blinkende Wand, von einem Horizont bis zum nächsten, egal in welche Richtung man schaut. Freie Fläche ist kaum noch übrig.

Immerhin hat das Land in den letzten Jahren versucht, den unkontrollierten Wildwuchs in etwas geordnete Bahnen zu lenken. 2012 wies es deshalb Flächen für die Nutzung der Windenergie aus. Dagegen wiederum gingen in kürzester Zeit 51 Klagen ein. 49 Prozesse verlor das Land. Zwei wurden gewonnen. Das waren diejenigen, in denen Bürger versucht hatten, einen geplanten Windpark zu kippen. In allen anderen Verfahren hatte die Windbranche um mehr Flächen gekämpft.

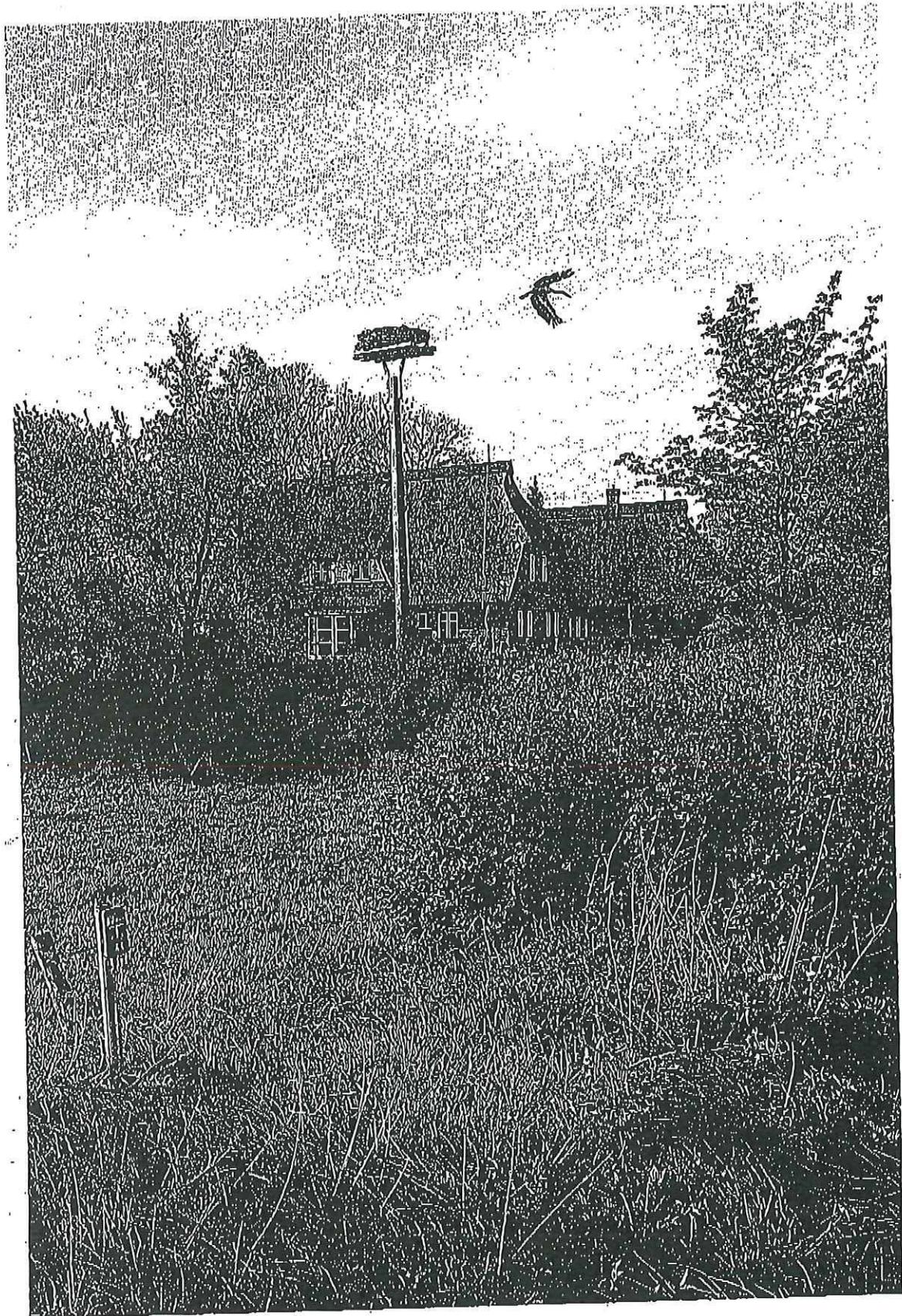
IHR KAM ZUGUTE, dass der Paragraph 35 im Baugesetz eine 200-Meter-Windkraftanlage nicht anders bewertet als einen Fischteich oder den Hühnerstall. Windräder, heißt es dort, sind „privilegierte Bauvorhaben“, die im Außenbereich „grundsätzlich zu genehmigen“ sind. Es sei denn, ihnen stehe ein „öffentlicher Belang“ entgegen. Das ablehnende Votum einer Dorfgemeinschaft ist kein öffentlicher Belang. Die Gesundheit des Menschen auch nicht. Brütende Wiesenvögel schon. Vogelzug auch. Ganz praktisch wäre auch ein Seeadler in der Nähe. Der verhindert den Bau von Windrädern in einem Radius von drei Kilometern um seinen Horst. Deshalb wird in Norddeutschland in den letzten Jahren immer mal wieder ein erschossenes oder vergiftetes Exemplar gefunden. Vor einhalb Jahren hat jemand auch einfach den ganzen Baum samt Adlerhorst mit der Motorsäge gekappt.

Anfang 2015 erklärte das Oberverwaltungsgericht Schleswig dann das ganze Vorgehen des Landes für unrechtmäßig. Nicht schlüssig in der Herleitung, und die Einbeziehung des Bürgerwillens ist vom Gesetz sowieso nicht gedeckt. Seitdem arbeitet die Landesregierung an „konsistenten“ Kriterien und gerichts-festen Karten. In Brunsbüttel werden sie für den Planungsraum Dithmarschen von Frau Dr. Nestle das erste Mal vorgestellt.

Für Jonny Wiese ändert sich dadurch nichts. Immer noch sollen in Zukunft auf den Flächen hinter seinem Haus Windräder stehen. Ein Teil dieser Anlagen

+49 5451 8999815

TITEL  
Energiewanda



+49 5451 8999815

würde dem Amtsbürgerwindpark Elders gehören, der bereits die Mühlen vor seinem Elternhaus betreibt und wie eine Art Genossenschaft funktioniert, weil alle Anrainer investieren dürfen und danach etwas abbekommen vom großen Kuchen. „Je mehr Geld sie mit den Rädern verdienen, desto schwerhöriger werden sie auch.“ Erklärt Gerald Grimmer. Er ist einer der Geschäftsführer dieses Konstrukts. Vorher war er stellvertretender Bürgermeister.

In Süderdorf und Tallingstedt hat das mit der Schwerhörigkeit trotzdem nicht funktioniert. Vielleicht, weil auch alle anderen Bürgermeister irgend-einen üppig entlohnenden Posten in der Betreiber-gesellschaft erhielten, und weil der Dithmarscher sich prinzipiell nicht gerne etwas vor die Nase setzen lässt.

„Wir haben schon überlegt, ob wir die Bürger befragen“, antwortet Grimmer. „Aber was kommt dabei heraus? Der pensionierte Lehrer kann leicht sagen, ich will meine Ruhe. Aber wir von der Gemeinde müssen auch irgendwoher das Geld nehmen für unsere Schule.“

„Bei jeder neuen Straßenlaterne machen sie eine Bürgerbefragung“, entgegnet Wiese. „Aber wenn es wichtig wird, entscheiden sie hinter verschlossener Tür. Ich stelle mir unter Demokratie etwas anderes vor. Da bleibt uns Bürgern doch nur noch der Rechtsweg.“

ODER EIN STORCHENNEST im eigenen Garten. Im Unterschied zum Menschen gesteht der Gesetzgeber einem brütenden Storch eine Schutzzone von 1000 Metern zu. Deshalb vermehren sich in den Gemeinden des Amtsbürgerwindparks zurzeit die Storchennester wie die Pilze im Wald. 42 Pfähle stehen mittlerweile herum. Besetzt sind die wenigsten. Ein einziges Mal hat es funktioniert. Da sollte es allerdings nicht den Bürgerwindpark verhindern, sondern nur die Betreiber etwas freundlicher stimmen. Es ging darum, dass einer der geplanten Kolosse so nah an einem Hof stehen sollte, dass der Bauer dachte, ihm stünde eine substantielle Entschädigung zu. Die Betreiber des Windparks sahen das anders. Also nagelte der Bauer eine Holzpalette auf einen alten Strommast und wuchtete ihn mit dem Trecker in die Senkrechte, und schon am nächsten Tag schaute ein Storch von dort oben herunter. Glücklicherweise war gerade der Geschäftsführer des Windparks vor Ort:

„Um Gottes willen, leg den Pfahl wieder um“, sagte er zu dem Bauern, „welche Summe sollen wir eintragen in den Vertrag?“

Ein Storchennest im Garten hilft gegen den Bau von Windrädern. Anders als dem Menschen gesteht der Gesetzgeber dem Storch eine Schutzzone zu

# 270 Euro

kostete die Energiewende  
im Jahr 2015 einen deutschen  
Durchschnittshaushalt

„In meinen Augen war das Erpressung“, erklärt Grimmer heute, „eigentlich hätten wir den Menschen verklagen müssen.“

Stattdessen hat Jonny Wiese den Windpark verklagt. Drei Verfahren sind mittlerweile anhängig. Eines betrifft das ganze Konstrukt, weil Wiese findet, dass Ämter keine Unternehmen gründen dürfen, es sei denn, sie dienen ausschließlich dem Wohle der gesamten Bevölkerung. Das tun Windräder eher nicht, findet er.

In der zweiten Klage geht es um nicht erhaltene Entschädigungen. Zu deren Zahlung wären laut Vertrag eigentlich die Landbesitzer verpflichtet. 15 000 Euro pro Megawatt bekommen sie vom Windpark, plus einen prozentualen Anteil am Erlös. Das summiert sich auf mehr als eine halbe Million Euro im Jahr. Von dieser Summe sollten die Landbesitzer dann den wenigen direkten Anwohnern ein kleines Stück abgeben. Pro Kopf ungefähr 3000 Euro. So steht es im Pachtvertrag.

Bezahlt haben die Nutznießer den Leidtragenden keinen Cent. Also hat Wiese im Namen der Geschädigten jetzt den Windpark verklagt, und der muss nun die Verpächter verklagen, und die wiederum drohen damit, im Gegenzug selbst auch noch eigene Windräder aufzustellen. Zum Beispiel auf den Flächen hinter der Reetdachvilla von Jonny Wiese. Dort wohnt auch ein alter Bauer, der zwei Töchter hat. Die eine hat das Haus bekommen. Der anderen hat er das Land vererbt. Und die wäre nun bereit, dem Vater und der Schwester eine Windkraftanlage vor die Nase zu setzen, weil sie das Geld aus der Pacht dringend braucht für das Überleben des eigenen Hofes. Die andere Schwester hat deshalb jetzt das Storchennest vor dem Küchenfenster renoviert und daneben ein Biotop in Auftrag gegeben. Ob das funktioniert, ist ungewiss. Sicher ist nur: Die Themen „Frieden“ und „Dorfgemeinschaft“ haben sich definitiv erledigt in der Dithmarscher Schweiz. ●

+49 5451 8999815

TITEL.  
Energiewende

# MIT WIND UND SONNE

Mit dem schnellen Ausstieg aus der Atomenergie hat Deutschland einen Sonderweg beschritten. Doch die Energiewende entwickelt sich zur Farce. Die Klimaziele könnten verfehlt werden.

Von  
CHRISTOPH SCHEURING

**E**s war am 12. März 2011, als Angela Merkel zum ersten Mal in ihrer Amtszeit den Artikel 65 des Grundgesetzes wirklich in Anspruch nahm. Dieser Artikel garantiert dem Bundeskanzler die „Richtlinienkompetenz“ in der Politik. Damals verkündete Merkel den Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie. Keine 24 Stunden nach der Kernschmelze im Atomkraftwerk Fukushima. Dabei hatte die Bundesregierung erst ein Jahr zuvor die Laufzeiten der deutschen Kraftwerke wieder verlängert.

Einer der Gründe für die Verlängerung war die Energiewende, mit der sich Deutschland bis zum Jahr 2050 eine Reduktion der Treibhausgase um 80 Prozent verordnet hat. Gemessen an der Emission von 1990. Das bedeutet nach heutigem Stand: 80 Prozent Windkraft und Fotovoltaik. Doch weder Wind noch Sonne liefern den Strom permanent oder verlässlich; deshalb braucht es eine Reserve für Phasen, in denen diese Energiequellen nicht zur Verfügung stehen. Speicher wären da toll. Leider hat die Wissenschaft bis heute noch keine in ausreichender Effizienz und Wirtschaftlichkeit entwickelt. Viele Staaten setzen deshalb erst einmal auf die klimaneutrale Atomenergie als Brückentechnologie.

Das geht seit Merkels Entscheidung, bis 2022 alle Atomkraftwerke abzuschalten, nicht mehr. Als Backup nutzt Deutschland deshalb Kohlekraftwerke, was die Energiewende wiederum zu einer Art Weltrekordversuch im Marathonlaufen macht – mit zusätzlich zehn Kilo Blei an der Hüfte. Besonders erfolgversprechend ist das nicht. Kein anderes Industrieland auf der Welt hat sich selbst derart hohe Klimaziele gesetzt und sich gleichzeitig den Ausstieg aus der Atomenergie verordnet.

Die Herausforderungen sind gewaltig. Es gilt, neue Energieformen zu etablieren, Netze und Infrastruktur zu schaffen, gleichzeitig die Energieeffizienz in der Produktion und beim Konsum zu steigern, um den Verbrauch zu senken. Zugleich muss der Strompreis moderat bleiben, damit Deutschland als Industriestandort international konkurrenzfähig bleibt.

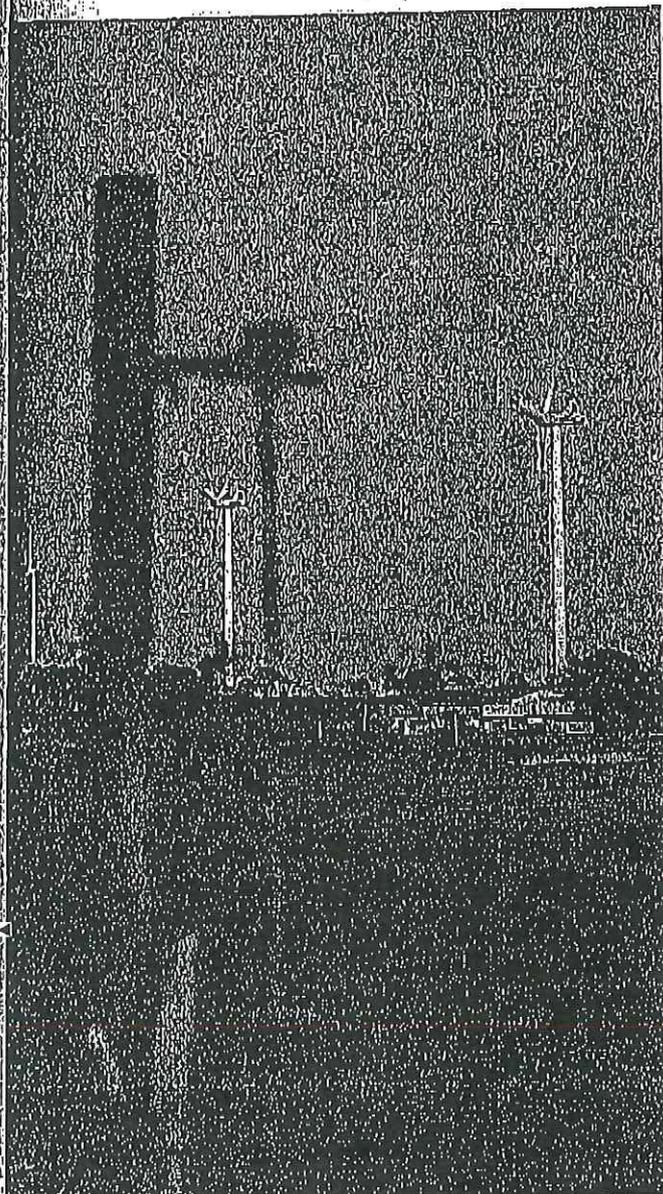
Die Taktik der Regierung ist folgende: Die massive Subventionierung erzeugt einen Boom bei den Windrädern und Fotovoltaikanlagen, deren Strom dann den Ausbau der Netze durchdrückt. Und wenn endlich die Netze stehen und der Ökostrom überall barrierefrei fließt, wird auch der Anreiz groß genug sein, in die Entwicklung von Speichertechnologien zu investieren.

2014 wurde ein Korridor definiert, in dem sich der Zubau bewegen soll, weil der ungebremste Ausbau auch zu einer ungebremsten EEG-Umlage führt. Das wiederum würde den Strompreis belasten. Es besteht die Gefahr, dass dieser das Wirtschaftswachstum abwürgt. Mehr als 3,5 Cent pro Kilowattstunde sollte die Umlage nicht betragen. So hatte es der Gesetzgeber 2011 festgelegt. Bis 2016 hat sie sich trotzdem schon auf 6,35 Cent fast verdoppelt.

FÜR DIE WINDENERGIE an Land heißt der Korridor: 2,5 Gigawatt Zubau pro Jahr. 2014 lag er um 60 Prozent darüber. Auch 2015 hat sich die Kurve kaum abgeflacht. Damit steuern die erneuerbaren Energien mittlerweile 32,5 Prozent zum Strommix bei. Das sind 17 Prozent über den Planungszielen.

Allen anderen Parametern der Energiewende bleiben hinter den gesetzten Zielen zurück. Bei den Netzen sind es 16 Prozent weniger als die für dieses Jahr geplante Kapazität. Bei der Energieeffizienz fehlen 27,6 Prozent. Die Reduzierung der Treibhausgase

+49 5451 8999815



Der Boom der Windkraft hält an, doch der ungebremste Zubau treibt auch die Umlage für erneuerbare Energien in die Höhe

Ihre eigenen sauberen Erdgaskraftwerke anzufahren. Wie es durchgängig zum Beispiel in den Niederlanden passiert. Im vergangenen Jahr musste Deutschland sogar 126 Stunden lang dafür bezahlen, dass die Nachbarn die Überkapazitäten in ihre Netze einspeisten. International gesehen ist der deutsche Energiemarkt nicht nur deshalb eine deprimierende Farce.

Sein einzig positiver Effekt, so hat es auch das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Studie aus diesem März festgestellt, ist die „Etablierung neuer Technologien“. An allen anderen Hürden scheltert die Energiewende zuverlässig jedes Jahr wieder.

SOWOHL DAS WIRTSCHAFTSMINISTERIUM in Berlin als auch die CDU-geführten Bundesländer treten deshalb immer deutlicher auf die Bremse. Dagegen wiederum laufen die norddeutschen Länder Sturm. Sie profitieren am stärksten von der Windenergie. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) sieht in ihr sogar so etwas wie die Chance zur Umstrukturierung des ganzen Landes: weg von der landwirtschaftlich und touristisch geprägten Idylle zwischen den Meeren, hin zu einer Art turbinengetriebenem Silicon Valley der Energie-Industrie. „Industrie 4.0“ nennt er die Vision. Windräder plus Facebook und Google, die auf dem platten Land mit grünem Strom ihre energieintensiven Server betreiben.

Dafür allerdings werden jene 2 Prozent der Landesfläche nicht genügen, die er heute für den Ausbau der Windenergie reserviert hat. Selbst für die Klimaziele reicht diese Fläche nicht, weil klimaneutraler Verkehr auch nur mit Elektromobilität und der Umwandlung von Strom in Gas funktioniert. Damit aber wird sich der Stromverbrauch noch einmal potenzieren, was wiederum die Zahl der Windräder zwangsläufig wachsen lässt. Und die wenigen Lücken, die dann in der Landschaft noch bleiben, werden für künftige Speichertechnologien gebraucht. Offshore-Windparks wären eine Alternative, aber auf dem Meer ist die Produktion des Stroms zwei- bis dreimal so teuer.

Es könnte allerdings auch sein, dass es am Ende ganz anders kommt. Vielleicht haben Google & Co. gar keine Lust, sich in einem Land anzusiedeln, in dem es kein einziges Fleckchen mehr gibt, das nicht komplett umstellt ist von 200 Meter hohen Kolossen. ●

erreicht sogar nur ein Viertel des Planungsziels. Und selbst dies ist kein Effekt der Energiewende, sondern dem Glück geschuldet, dass zu Zeiten des Referenzwerts 1990 noch jede Menge alte, unrentable DDR-Dreckschleudern produziert wurden, die alle in den folgenden Jahren dichtgemacht wurden. 2015 zum Beispiel hat sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber dem Vorjahr praktisch gar nicht verringert. Trotz des deutlich gestiegenen Anteils der Windenergie.

GRUND DAFÜR IST DIE UNVERÄNDERT hohe Verstromung von Stein- und Braunkohle, die als verlässliche Reserve vorgehalten werden muss, um die Netzstabilität zu garantieren. Bei viel Sonne und Wind wird der Überschuss dann an der Leipziger Strombörse billig verkauft. Das führt dazu, dass sich die deutschen Nachbarn Heber die Stromschnäppchen kaufen, als

+49 5451 8999815

TITEL  
Energiewende

# „ DER FILZ IST NICHT MEHR SCHWARZ, SONDERN GRÜN “

Einst stritt der  
Dirigent und  
Großgrundbesitzer  
*Enoch zu Guttenberg*  
gegen die Atomkraft,  
jetzt kämpft er  
gegen Windräder



Die Fragen stellte  
CONSTANTIN MAGNIS

Baron Guttenberg, der Atomausstieg, für den Sie seit den Siebzigern kämpfen, ist längst beschlossen. Sie stehen aber immer noch auf den Barrikaden. Warum?

*Enoch zu Guttenberg:* Wir haben damals nicht nur gegen Atomkraft gekämpft, sondern auch gegen das System dahinter, gegen das grenzenlose Wachstum. An diesem System hat sich nichts geändert, die Windräder sind die Totems für das „Weiter so“ der absoluten Verbrauchsgesellschaft. Kein Krieg hat das Gesicht unseres Landes so zerstört wie die unseligen Windräder.

Botho Strauß spricht von der Auslöschung aller Dichterblitze der deutschen Literatur von Hölderlin bis Bobrowski. Erleben Sie das auch so?

Wer ein Altdorfer Landschaftsbild zerstört, kommt ins Irrenhaus, bestenfalls ins Gefängnis. Wer das Gleiche realiter mit der unberührten Natur macht, steht mindestens vor einer Karriere als Umweltminister. Natur wird man bald nur noch im Museum besichtigen.

Sie bekämpfen die Windkraft nicht nur in Ihrer Heimat, sondern auch auf dem Land befreundeter Standesgenossen. Wie reagieren die?

Ich habe darüber alte Freunde verloren. Anfangs hielt ich mich da noch zurück. Aber dann wurde mir klar, wie viele Windräder ich andernorts verhindert habe, und wie vielen kleinen Bauern ich die Pacht kaputt gemacht habe. Da konnte ich nicht vor irgendeinem Fürsten in die Knie gehen.

Sie sagten einmal, die Windkraft habe „Innerhalb eines neu bedachten Energiekonzepts durchaus ihre sinnvolle Funktion“. Was hat Ihre Meinung geändert?

Damals kannte ich die Zahlen nicht. Noch weniger die Geister, die wir riefen.

Vor zehn Jahren wurden mit Windkraft nur 2,7 Prozent des Stromes erzeugt. Letztes Jahr waren es bereits 13 Prozent. Dafür ist der Anteil von Kohle und Atomstrom zurückgegangen. Ist das nicht ein Erfolg?

Eratens geht es bei der sogenannten Energiewende ausschließlich um unseren Stromverbrauch, ein Fünftel unseres gesamten Energieverbrauchs. Selbst wenn wir den Strom komplett aus Erneuerbaren gewinnen würden, hätten wir den weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß um weniger als 1 Prozent reduziert. Zweitens deckte Atomstrom bisher nur 15 Prozent unseres Bedarfs. Allein für unseren Stand-by-Verbrauch laufen im Jahr zwei Atomkraftwerke oder über 13 000 Windräder. Dafür können wir unsere Heimat doch nicht ruinieren!

Ist nicht jeder noch so kleine Schritt zur Reduktion von CO<sub>2</sub> und Atomkraft richtig? Zumal doch heute kein Windrad ohne Rückbaupflicht genehmigt wird. Scheltert die Windkraft, könnte man die Räder irgendwann abbauen, ohne damit wie beim Atomüll

+49 5451 8999815

TITEL  
Energiewende

Rückstände für die nächsten 250 000 Jahre zu hinterlassen.

Der Glaube an den Rückbau ist so, wie zu sagen, den Bauchspeicheldrüsenkrebs bekommen wir schon in den Griff. Um 60 Prozent unseres Stromes aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, brauchen wir Solarflächen von der Größe des Saarlands. Unsere rund 30 000 Windräder decken bisher nicht mal 1,6 Prozent unseres Energiebedarfs. Wenn wir das auf nur 5 Prozent steigern wollen, bräuchten wir 80 000 Windräder. Es müssten dann bundesweit alle acht Kilometer zehn Anlagen stehen. Dann ist unser Land kaputt.

Welche Alternativen bleiben dann?

Forschung und Innovation müssen gefördert werden, statt alle Gelder in die Windkraft zu stecken. Die Energieeffizienz unserer Maschinen muss drastisch gesteigert werden. Wir könnten alle Flachdächer von Neubauten mit Solardächern ausstatten. Und vor allem bräuchten wir als Brückentechnologie Gas- und Dampfkraftwerke.

Sie sprechen oft über die „spätkapitalistische Ungerechtigkeit“ der Energiewende. Das klingt sonderbar aus dem Mund eines aristokratischen Großgrundbesitzers.

Ich bin weiß Gott kein Klassenkämpfer. Aber es ist doch soziales, dass Krankenschwestern oder Mindestlöhner bezahlen, während Großkonzerne von der Strompreiserhöhung ausgenommen und Großgrundbesitzer subventioniert werden. Alleine in unserem Wald



Enoch zu Guttenberg  
Enoch Freiherr zu Guttenberg ist Dirigent und Intendant der Harrenchlaussee Festspiele. Er war Mitbegründer des BUND. Sein ältester Sohn ist der Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg

um Guttenberg könnte ich pro Jahr rund eine Million mit Windrädern verdienen. Aber Eigentum verpflichtet auch. Und dass der Kleine dafür zahlt, dass der Dicke verdient, fand ich schon immer schelste.

Aus dem Protest gegen Windkraft ist eine Bürgerbewegung geworden, in der sich AfDler mit Linken mischen und Wutbürger mit Ökovegetariern. Mit wem verbündet man sich da?

Dass AfDler auf den Karren aufspringen, besorgt mich sehr. Leute wie Trittin und Fischer haben es damals genauso gemacht. Die hatten nie etwas mit Naturschutz am Hut, waren aber schlau genug, den Trend mitzunehmen. Der heutige Protest wächst rasend schnell. Die Wut in der Bevölkerung ist enorm. Nur ist der Filz nicht mehr schwarz, sondern grün.

Was meinen Sie damit?

Bei der Windkraft werden Milliarden verschoben. Alle wollen kassieren. Kommunen durch Steuern, Bürgermeister und Lokalpolitiker als Geschäftsführer für Windparks, Umweltverbände durch Gutachteraufträge. Und unser oberster Naturschützer, Hubert Welger vom BUND, ist heute Werbeoffizier der Windindustrie.

Sie selbst haben den BUND 2012 aus Protest verlassen. Als Sie dem Verband vorgeworfen haben, er sei mit der Windkraftindustrie „verquickt“, wollte der Sie erst verklagen und hat dann in letzter Minute zurückgezogen...

Weil diese Verquickung unwiderlegbar ist. Welger gibt ja ständig Pressekonferenzen mit dem Bundeswindverband. Von den sonstigen Verflechtungen zwischen BUND und der Windkraftindustrie ganz zu schweigen. Natur- und Landschaftsschutzgebiete, für die wir ein Leben lang gekämpft haben, opfert der BUND jetzt der Windkraft. Wir haben damals eine Autobahn für eine Blaukehlchenpopulation verhindert. Jetzt gelten tote Schrei- und Seeadler als Kollateralschaden. Es ist so, als würde eine Äbtissin aus ihrem Kloster ein Bordell machen. Das ist Verrat.

Denkt man nicht irgendwann: Genug gekämpft, das sollen jetzt meine Söhne machen?

Wenn ich gegen diese Verlogenheit nicht kämpfen würde, könnte ich nicht mehr in den Spiegel schauen. Haydn erzählt in seinen Jahreszeiten von der alten Symbiose zwischen Mensch und Natur. Die habe ich als Kind noch erlebt. Und wenn ich die Jahreszeiten dirigiere, überkommt mich jedes Mal großes Heimweh, nach der Geborgenheit und Schönheit, die unwiederbringlich verloren ist. Ich will mal in die Grube fahren und wissen: Ich habe versucht, davon so viel es geht für meine Kinder zu retten. ●